

Berliner Erklärung der Familienunternehmen zur Krise des EURO

Die Bundesregierung hat mit ihrer Euro-Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen. Die Politik trägt die Verantwortung, dass die mit Einführung des Euros beschlossene Obergrenze für die Staatsschulden nicht eingehalten wurde. Sie hat im vergangenen Jahr mit dem Grundsatz gebrochen, dass kein Land für die Schulden eines anderen Eurolandes einzustehen hat. Und sie hat schließlich mit ihrer Politik entscheidend dazu beigetragen, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit verloren hat.

Die Risiken, die auf den Haushalt Deutschlands zukommen, sind damit unabsehbar geworden. Der Bundestag muss daher handeln. Dazu fordern die Familienunternehmen ihn jetzt eindringlich auf. Die Währungsunion muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Austritt und Ausschluss müssen möglich werden. Die nationalen Parlamente müssen in Fragen der Euro-Politik ihre Befugnisse in stärkerem Umfang als bisher ausschöpfen.

Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, beobachten die Vorgänge im Euro-Raum mit größter Sorge. Ihr Denken und Handeln wird vom Leitmotiv der persönlichen Haftung bestimmt; Solidität, Stabilität und Nachhaltigkeit sind oberstes Gebot. Das hat sie zum tragenden Fundament der deutschen Wirtschaft gemacht. Die deutschen Familienunternehmen wissen, welche überragende Rolle dabei solide Staatsfinanzen und eine stabile Währung spielen.

Die auf Stabilität gerichteten Regeln des Vertrages von Maastricht und die darin vorgesehenen disziplinierenden Maßnahmen haben sich als unzureichend erwiesen. Nur noch eine Minderheit der Euro-Länder hält die erlaubte Obergrenze bei der Neuverschuldung ein. Auch die im Vertrag von Lissabon festgelegte „Bail-out-Klausel“, die es verbietet zur Lösung der Zahlungsprobleme eines Landes das Geld der Steuerzahler eines anderen Landes heranzuziehen, wurde mit der Rettungsaktion für Griechenland im Ergebnis über Bord geworfen.

Die Währungsunion ist seither eine Transferunion. Mit weiteren, großzügig hoch-dotierten Rettungsschirmen für Irland und Portugal haben sich die Risiken nochmals drastisch erhöht und können weiter steigen. Die Sorge, dass durch die auferlegten Sparmaßnahmen die Konjunktur eher

behindert als befördert wird, ist berechtigt. Weil Sparen vor allem die schwächsten Bevölkerungsschichten trifft und Investitions- sowie Konsumneigung, Beschäftigung und damit auch mögliches Wachstum eher behindert, steigen die sozialen Spannungen in den betroffenen Ländern. Die jüngsten Unruhen zeugen davon.

Die Bundesrepublik trägt schon derzeit die weitaus größte Last der Euro-Krise. Aus dem Griechenland-Kreditpaket und der Garantie Deutschlands für die EFSF ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von 141,4 Mrd. Euro. Wird der dauerhafte Euro-Rettungsschirm (ESM) implementiert, dann werden Deutschlands Garantien für die Euro-Rettung nach jetzigem Stand der Verhandlungen auf 190 Mrd. Euro ansteigen. Damit nimmt die Bundesrepublik Eventualverbindlichkeiten in Kauf, die gut einem Drittel aller jährlichen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden entsprechen. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit aufgegeben hat. Auf Drängen der Politik finanziert sie nun in bisher nicht gekanntem Ausmaß Staatsschulden. Sie muss zudem für die Milliarden-Verluste der von ihr abhängigen einzelnen Notenbanken geradestehen.

Damit wurden alle Versprechen, die uns die Politik vor Eintritt in die Währungsunion gemacht hatte, gebrochen:

- dass die Einführung des EURO einen Stabilitäts- und Wachstumspakt darstellt,
- dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes einzustehen hat, und schließlich
- dass die Europäische Zentralbank allein der Stabilität verpflichtet ist.

Daher ist jetzt die Stunde des Parlaments gekommen. Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, der verantwortungslosen Schulden-Politik Deutschlands ein Ende zu setzen. Selbst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, hat diese Politik der Rettungsschirme scharf kritisiert und die zur Begründung angeführte „Alternativlosigkeit“ zurückgewiesen.

Diese Berliner Erklärung wurde im Kontext der sogenannten WELT-Währungskonferenz verfasst, die die Stiftung Familienunternehmen gemeinsam mit der WELT-Gruppe am 27. Juni 2011 in Berlin ausrichtet.

Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München
info@familienunternehmen.de
<http://www.familienunternehmen.de>

Die nachfolgend aufgeführten 100 Familienunternehmen haben sich für die "Berliner Erklärung" ausgesprochen:

Unternehmen

ACO Severin Ahlmann GmbH & Co. KG
AKG Autokühler GmbH & Co. KG
Alberdingk Boley GmbH
Aldra Fenster und Türen GmbH
apetito AG
Bäckerei Peter und Cornelia Dreißig KG
Bauerfeind AG
bbp GmbH
Berner SE
Binder GmbH
Binder-Optik AG
Borgers AG
Börlind GmbH
BPW Bergische Achsen KG
Brandt Zwieback, Schokoladen GmbH & Co. KG
Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG
Buchverlage LangenMüller Herbig nymphenburger terra magica
Carl Abt GmbH & Co. KG
Conrad Electronic SE
Coroplast Fritz Müller GmbH & Co. KG
Dalli Werke GmbH & Co. KG
Dentallaboratorien GmbH
Deutsche Amphibolin-Werke von Robert-Murjahn Stiftung & Co. KG
Dietrich Borggreve Zwieback- und Keksfabrik KG
Dr. O. K. Wack Chemie GmbH
EBE Elektro-Bau-Elemente GmbH
ESTA Apparatebau GmbH & Co KG
Ernst Nagel Beteiligungen GmbH & Co. KG
Fleisch- und Wurstspezialitäten Rainer Wagner GmbH
Franz-Leupoldt Verwaltungs GmbH & Co. KG
Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche Verwaltung
Fürstenreform Dr. med. Hans Plümer Nachf. GmbH & Co. KG

Ort

Büdelsdorf
Hofgeismar
Krefeld
Meldorf
Rheine
Guben
Zeulenroda
Neustrelitz
Künzelsau
Tuttlingen
Böblingen
Bocholt
Calw
Wiehl
Hagen
Coburg
München
Ulm
Hirschau
Wuppertal
Stolberg
Herne
Ober-Ramstadt
Neuenhaus
Ingolstadt
Leinfelden-Echterdingen
Senden
Ulm
Arnstadt
Weissenstadt
Öhringen
Braunschweig

Unternehmen

FÜRSTLICH CASTELL'SCHE BANK, CREDIT-CASSE
Gauspohl Unternehmensgruppe
Gebhardt Transport- und Lagersysteme GmbH
Gebrüder Engelke Große Mühle GmbH & Co. KG
geobra Brandstätter GmbH & Co. KG
GFT Technologies AG
Goldbeck GmbH
Graf von Schaesberg Vermögensverwaltung KG
Gräfl. Neippergsche Hauptverwaltung
Griehaber Logistik AG
groninger & co gmbh
Haas GmbH & Co. Beteiligungs KG
Hager SE
Herrenknecht AG
HOS Anlagen und Beteiligungen GmbH & Co.
Hoyer GmbH
Hübner GmbH
Hymer AG
J. D. Neuhaus GmbH & Co. KG
Johannesbad AG
Kathrein-Werke KG
Kohl Medical AG
Krämmel GmbH & Co. KG, Kommanditgesellschaft a.A.
Krause-Biagosch GmbH
Kuchenmeister GmbH
Lechler Beteiligungs-GmbH
Leipfinger Bader KG Ziegelwerke
Lenbach Holding GmbH
Leonhard Weiss GmbH Co. KG
Lindner-Group KG
Mahlo GmbH & Co. KG
Marquardt GmbH
Möller Group GmbH & Co. KG
Natus GmbH & Co KG
Oskar Frech GmbH & Co. KG

Ort

Nürnberg
Dissen
Cham
Giesen
Zirndorf
Stuttgart
Bielefeld
Mönchengladbach
Schwaigern
Weingarten
Crailsheim
Falkenberg
Blieskastel
Schwanau
Wendlingen
Hamburg
Kassel
Bad Waldsee
Witten
Bad Füssing
Rosenheim
Perl
Wolfratshausen
Bielefeld
Soest
Ludwigsburg
Vatersdorf
München
Satteldorf
Arnstdorf
Saal
Rietheim-Weilheim
Bielefeld
Trier
Schorndorf

Unternehmen

Pema Vollkorn Spezialitäten Heirich Leupoldt KG
Peter Glindemann Kieswerke/Erdbau/Abbruchtechnik GmbH & Co KG
Pfisterer Holding AG
Phoenix Contact GmbH & Co.
POCO-Domäne Holding GmbH
Prinz Medien Holding
Quarzwerke GmbH
Raps GmbH & Co. KG
Reifen Wagner I.S. Auto Service GmbH & Co. KG
Schaeff Holding AG
Schattdecor AG
Schweizer Group Plattenhardt KG
Siegle + Epple GmbH & Co.KG
Steiff Beteiligungsgesellschaft mbH
Südpack Verpackungen GmbH & Co. KG
Tessner Gruppe
Theo Wormland GmbH & Co. KG
Trigema Inh. W. Grupp e.K.
United Soft Media Verlag GmbH
Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern
Uzin Utz AG
Vaude Sport GmbH & Co.KG
von Bismarck'sche Schlossverwaltung
von Finck'sche Familien-Gesellschaften
Wemhöner Surface Technologies GmbH & Co. KG
WESSLING Holding GmbH & Co. KG
Westfalen AG
Wilhelm Böllhoff GmbH & Co. KG
WIV Wein International GmbH
WKU Unternehmensgruppe
Wolf GmbH & Co. KG
Wuppermann AG
Wurst-Basar Konrad Hinsemann GmbH
Würth Gruppe

Stand: 24. Juni 2011

Ort

Weissenstadt
Grevenkrug
Stuttgart
Blomberg
Bergkamen-Rünthe
Berlin
Frechen
Kulmbach
Nürnberg
Schwäbisch Hall
Thansau
Hattenhofen
Stuttgart
Giengen an der Brenz
Ochsenhausen
Goslar
Hannover
Burladingen
München
Sigmaringen
Ulm
Tettang-Obereisenbach
Döbbelin
München
Herford
Altenberge
Münster
Bielefeld
Burg Layen
Sprockhövel
Schwandorf
Leverkusen
Ronnenberg
Künzelsau